

**Gemeinde Kühnlenthal**  
**Landkreis Augsburg**

---



**Bebauungsplan „Solarpark nördlich der Fertinger  
Straße“**

**Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB**

## **Umweltbezogene Informationen**

---

**ARNOLD CONSULT AG**  
**Bahnhofstraße 141, 86438 Kissing, Tel. 08233/7915-0**

## **Folgende Arten umweltbezogener Informationen liegen vor:**

### **Schutzgut Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt:**

- *Landratsamt Augsburg, Untere Naturschutzbehörde, Schreiben vom 17.03.2023, mit Anmerkungen zu Schutzgebieten (keine betroffen), zum Artenschutz (spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erforderlich), zur Eingriffsregelung sowie zu den grünordnerischen Festsetzungen (Eingrünung erforderlich, Saatgut, Artenliste, etc.).*
- *Büro Dr. Andreas Schuler, Neu-Ulm, Stand 01.08.2023, „Naturschutzfachliche Angaben zur artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) bezüglich der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG für den B-Plan „Solarpark nördlich der Fertiger Straße“ Gemeinde Kühenthal“, mit einer vorgeschlagenen artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahme (Zeitraum für Baufeldberäumung); Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG nicht erfüllt; Maßnahmen zum Erhalt der ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen) nicht notwendig.*

### **Schutzgut Boden/Wasser:**

- *Wasserwirtschaftsamt Donauwörth, Schreiben vom 14.03.2023, mit Hinweisen zu anfallendem Oberflächenwasser, zum Grundwasser sowie zu Altlasten und Bodenschutz.*

### **Schutzgut Landschaft/Landschaftsbild:**

- *Landratsamt Augsburg, Untere Naturschutzbehörde und Kreisbaumeister, Schreiben vom 17.03.2023 und 13.04.2023, mit der Forderung einer Randeingrünung zur Einbindung in das Landschaftsbild.*



WWA Donauwörth – Förgstraße 23 - 86609 Donauwörth  
J.Grahammer@arnold-consult.de

**Bitte beachten:**

Ab 01.01.2023 entfällt die Postfach-  
adresse des Wasserwirtschaftsamtes.

Ihre Nachricht

Unser Zeichen  
3-4622-A-8877/2023

Bearbeitung +49 (906) 7009-145  
Nunn, Kurt  
Kurt.Nunn@wwa-don.bayern.de

Datum  
14.03.2023

**9. Änderung des Flächennutzungsplanes, Gemeinde Kühleenthal, Frühzeitige Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und Aufstellung des Bebauungsplanes "Solarpark nördlich der Fertinger Straße", Gemeinde Kühleenthal, Frühzeitige Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o. g. 9. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark nördlich Fertinger Straße“ erhalten Sie unsere Stellungnahme wie folgt.

**1.1 Überflutungen durch wild abfließendes Wasser infolge von Starkregen**

Durch Starkregenereignisse kann es auch fernab von Gewässern zu Überflutungen kommen.

Die Vorsorge gegen derartige Ereignisse beginnt auf Ebene der Bauleitplanung. Soweit Starkregen- oder Sturmflutgefahrenkarten der Gemeinde, des Freistaat Bayern oder des Bundes vorliegen, sind diese entsprechend zu beachten und auszuwerten. Die Ergebnisse sind im Plan zu berücksichtigen.

Der Zufluss aus den Außeneinzugsgebieten muss bei der Bebauungs- und Entwässerungsplanung berücksichtigt werden (z.B. Anlegen von Abfang- und Ableitungsgräben; Anlage von Gehölzstreifen oder Erosionsmulden in der landwirtschaftlichen Fläche oberhalb der Bebauung).



## 1.2 Grundwasser

Uns liegen keine Grundwasserstandsbeobachtungen im Planungsgebiet vor. Gegebenenfalls ist der Grundwasserstand durch geeignete Erkundungen im Planungsgebiet zu ermitteln.

Verzinkte Rammprofile oder Erdschraubanker dürfen nur eingebracht werden, wenn die Eindringtiefe über dem höchsten Grundwasserstand liegt (allgemeiner Grundwasserschutz). In der ungesättigten Bodenzone dagegen bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen Einsatz von verzinkten Stahlprofilen.

Hinweis:

Der Rahmen der Vegetationspflege ist im Rundschreiben des Bayerischen Innenministeriums, Az.: IIB5-4112.79-037/09 vom 19.11.2009 vorgegeben:

„Bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen sind größere Erdmassenbewegungen sowie Veränderungen der Oberflächenformen zu vermeiden. Bei der Einzäunung ist wegen der Durchgängigkeit für Tiere ein Mindestabstand von 15 cm vom Boden einzuhalten. Auf Zaunsockel ist zu verzichten. Falls auf eine Freiflächen-Beleuchtung der Anlage nicht verzichtet werden kann, sollen „insektenfreundliche“ Kaltstrahler eingesetzt werden. Das Grünland ist entweder zu mähen und das Grüngut zu entfernen (unter Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutzmittel) oder es ist mit Schafen extensiv zu beweiden.“

Vorschlag für Hinweise zum Plan:

**„Die Erkundung des Baugrundes einschl. der Grundwasserverhältnisse obliegt grundsätzlich dem jeweiligen Bauherrn, der sein Bauwerk bei Bedarf gegen auftretendes Grund- oder Hang- und Schichtenwasser sichern muss.“**

**„Zur Beschreibung der Grundwasser- / Untergrundsituation sind in der Regel Bohrungen / Erdaufschlüsse erforderlich. Für Bohrungen, die mehrere Grundwasserstockwerke durchteufen oder die artesisch gespanntes Grundwasser erschließen, ist vor Bohrbeginn ein wasserrechtliches Verfahren durchzuführen.“**

## 1.3 Altlasten und Bodenschutz

### 1.3.1 Vorsorgender Bodenschutz

In der Begründung mit vorläufigem Umweltbericht vom 28.02.2023 führt das Planungsbüro Bewertungen bzgl. des Schutzgutes Boden durch und kommt zu dem Ergebnis, dass sich für das Schutzgut Boden durch das geplante Vorhaben nur Umweltauswirkungen von geringer Erheblichkeit ergeben.

Die im Textteil (Vorentwurf v. 28.02.2023) unter Pkt. 4.4 vorsorgender Bodenschutz aufgeführten Punkte sind bei der Umsetzung der Maßnahme zu beachten.

Wir weisen darauf hin, dass die Anforderungen des Bodenschutzes auch für den Rückbau von PVA oder temporär genutzten Flächen (z. B. Zwischenlagerung von Aushubmaterial, Baustelleneinrichtungsf lächen, Baustraßen) gelten. Bei Rückbauarbeiten entstehen i. d. R. physikalische (z. B.: Verdichtung) oder chemische Veränderungen (z. B. Eintrag von Rückbaumaterial) des Bodens.

## 2 Zusammenfassung

Gegen den Bebauungsplan bestehen keine grundlegenden wasserwirtschaftlichen Bedenken, wenn obige Ausführungen berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

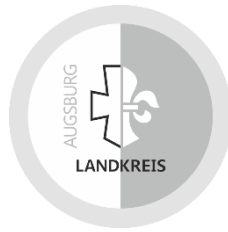
Dr. Kurt Nunn

Oberregierungsrat

Verteiler:

Landratsamt Augsburg

mit der Bitte um Kenntnisnahme



Landratsamt Augsburg | Bauleitplanung, Bauordnung  
Prinzregentenplatz 4 | 86150 Augsburg

Mail: [j.grahammer@arnold-consult.de](mailto:j.grahammer@arnold-consult.de)  
Arnold Consult AG  
Bahnhofstr. 141  
86438 Kissing



**POSTANSCHRIFT**  
Landratsamt Augsburg  
Prinzregentenplatz 4  
86150 Augsburg  
(0821) 3102-0  
info@LRA-a.bayern.de  
www.landkreis-augsburg.de

**Vollzug der Baugesetze;  
Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark nördlich der Fertinger Straße“ der Gemeinde Kühnlenthal;  
Frühzeitige Beteiligung der Behörden im Verfahren nach § 4 Abs.1 BauGB**

Anlage:  
Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde vom 17.03.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen folgende Bedenken und Anmerkungen:

Aus dem Entwurf geht nicht hervor, daß dieser Bebauungsplan als vorhabenbezogener Bebauungsplan i.S.d. § 12 BauGB aufgestellt werden würde. Im Hinblick auf die in Ziffer 2.7.3 des Textteils noch festzusetzenden Ausgleichsmaßnahmen weisen wir daher auf Folgendes hin:

Im Bauleitplanverfahren ist grundsätzlich die planende Gemeinde zur Herstellung und dauerhaften Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen verpflichtet. Sofern Ausgleichsmaßnahmen auf Flächen vorgesehen sind, die nicht im Eigentum der planenden Gemeinde stehen, ist mit dem Eigentümer des Ausgleichsflächengrundstücks eine entsprechende Vereinbarung nach §11 BauGB abzuschließen (vgl. §1a Abs.3 S. 4 BauGB!). Die entsprechende vertragliche Vereinbarung zur Herstellung, Pflege und Beibehaltung der gesamten Ausgleichsfläche ist vor Satzungsbeschluß des Bebauungsplans abzuschließen; dies ist in der Begründung entsprechend darzulegen.

BAULEITPLANUNG, BAUORDNUNG

DATUM  
13.04.2023  
IHR SCHREIBEN VOM  
09.03.2023  
IHR ZEICHEN

AKTENZEICHEN  
50-728-2023-BB

ANSPRECHPARTNER  
Claudia Marquardt

ZIMMER  
C 3.04  
TELEFON  
(0821) 3102-2785  
FAX  
(0821) 3102-1785  
E-MAIL  
Claudia.Marquardt@LRA-a.bayern.de



Der Fachbereich Wasserrecht teilt zu dem Bauleitplanverfahren Folgendes mit:

1. Wassergefährdende Stoffe

Sofern ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfolgt (insbesondere im Zusammenhang mit den Transformatoren), sind die Vorgaben der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) einzuhalten. Auf die gegebenenfalls bestehende Anzeigepflicht nach § 40 AwSV wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Niederschlagswasser

Eine breitflächige Versickerung von anfallendem Niederschlagswasser stellt keinen wasserrechtlichen Benutzungstatbestand dar, d. h. eine wasserrechtliche Erlaubnis ist dafür nicht erforderlich.

Für den Fall, dass doch eine Versickerung über Versickerungsanlagen geplant wird, wird für eine erlaubnisfreie Versickerung auf die Vorgaben der NWFreiV und der TRENGW verwiesen.

3. Oberflächenwasser und wild abfließendes Wasser

Diesbezüglich wird auf § 37 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) hingewiesen: Demnach darf u. a. der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers auf ein tiefer liegendes Grundstück nicht zum Nachteil eines höher liegenden Grundstücks behindert werden. Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf nicht zum Nachteil eines tiefer liegenden Grundstücks verstärkt oder auf andere Weise verändert werden.

Aus städtebauliche Sicht des Kreisbaumeisters werden Maßnahmen zur **Eingrünung des Areals** vermisst. Die Festsetzung ausreichender Flächen hierzu erscheint geboten.

Nach Mitteilung des Technischen Immissionsschutzes stehen immissionsschutzfachliche Belange der Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark nördlich der Fertinger Straße“ nicht grundsätzlich entgegen. Aus Gründen der Klarheit und Eindeutigkeit sollte in die Satzung noch der Hinweis aufgenommen werden, dass die Freiflächenphotovoltaikanlage den Anforderungen der 26. BImSchV entspricht und ein adäquater Schutz der Nachbarschaft vor Blendwirkung und Lärmimmissionen gewährleistet wird. Weitergehende Anregungen und/oder Ergänzungen sind nicht mitzuteilen.

Dem Bodenschutzrecht sind im Plangebiet keine Altlasten bekannt.

Zudem bestehen keine weiteren Einwendungen unter Berücksichtigung der Nr. 4.2 und 4.4 des Textteils (Teil B) bzw. Nr. 6.3.2 (Schutzgut Boden) und 2.4 in der Begründung (Teil C – Vorentwurf-).

Auf anliegende Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde vom 17.03.2023 wird verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Marquardt

An den Fachbereich 50  
Hauptgebäude Prinzregentenplatz 4, 86150 Augsburg

**Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark nördlich der Fertinger Straße“  
und**

**9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Kühenthal für den Bereich „Solar-  
park nördlich der Fertinger Straße“ der Gemeinde Kühenthal**

Beteiligung der Behörden im Verfahren gem. § 4 Abs. 1 BauGB  
Zur Einschaltung per E-Mail vom 10.03.2023

**Naturschutzfachliche Stellungnahme**

Der o.g. Bebauungsplan (sowie die zugehörige FNP-Änderung) sieht die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf 3,31 ha Fläche vor. Der Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplans und der zugehörigen Flächennutzungsplanänderung befindet sich zwischen den Siedlungen Fertingen und Haldenhof. Das Grundstück Flnr. 824, Gmk. Kühenthal wird landwirtschaftlich intensiv als Acker genutzt.

Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope, bestimmte Landschaftsbestandteile

Gemäß **Regionalplan** der Planungsregion 9 „Augsburg“ liegt im Geltungsbereich kein naturschutzfachliches Vorbehalts- oder Vorranggebiet vor.

Der o.g. Geltungsbereich liegt im Naturpark „Augsburg – Westliche Wälder“ (nicht jedoch im gleichnamigen Landschaftsschutzgebiet!), dies hat auf die naturschutzfachliche Bewertung des Vorhabens jedoch keine negative Auswirkung. Weitere **Schutzgebiete** nach § 20 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) liegen nicht vor.

Gesetzlich geschützte **Biotope** nach § 30 BNatSchG i.V.m. Art. 23 BayNatSchG oder **geschützte Bestandteile** nach Art. 16 BayNatSchG sind unserem aktuellen Kenntnisstand nach durch das Vorhaben nicht betroffen.

Europäische Schutzgebiete des Netzes **Natura 2000** (FFH- und SPA-Gebiete) gem. § 33 und 34 BNatSchG werden durch das Vorhaben nicht erheblich beeinträchtigt.

Auch sonstige naturschutzfachliche **Restriktionsgebiete** (z.B. bestehende Kompensationsflächen, Landschaftspflegeflächen etc.) sind nicht betroffen.

allgemeiner und besonderer Artenschutz

Bei der Zulassung und Ausführung von Vorhaben sind die Auswirkungen auf europarechtlich geschützte und national gleichgestellte Arten zu prüfen. Das Artenschutzrecht ist auch bei Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen, da es als zwingendes Recht nicht der Abwägung unterliegt. Ein Bebauungsplan, dessen Umsetzung artenschutzrechtliche Verbotstatbestände entgegenstehen und der offensichtlich nicht verwirklicht werden kann, ist nicht erforderlich und damit nichtig (vgl. § 1 Abs. 3 S. 1 BauGB). Deswegen wird eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung im Bauleitplanverfahren dringend empfohlen, um mögliche Vorkommen besonders und / oder streng geschützter Arten frühzeitig zu kennen und entsprechende Vermei-



dungs- oder CEF-Maßnahmen vorsehen zu können und so Rechtssicherheit für den Bebauungsplan und das Vorhaben zu erlangen. Die Belange des Artenschutzes sind im Rahmen der Erstellung des Umweltberichts zu ermitteln und bewerten.

Aufgrund von Artvorkommen in der weiteren Umgebung und aufgrund der Lebensraumausstattung ist nicht auszuschließen, dass die geplante Bebauungsplanfläche als Lebensraum für feldbrütende Vogelarten dient. Aus diesem Grund wird eine Kartierung (mindestens) der Gruppe feldbrütende Vogelarten nach Methodenstandards empfohlen. Im erforderlichen artenschutzrechtlichen Gutachten sollten nicht nur die Auswirkungen der Module, Gebäude und Einfriedungen sondern auch der zwingend erforderlichen Eingrünung (siehe unten) auf die vorkommenden Arten geprüft werden. Hieraus abzuleitende Minimierungs- und CEF-Maßnahmen müssen in die textlichen Festsetzungen aufgenommen werden.

#### Eingriffsregelung:

Die geplante PV-Anlage auf einer Fläche von 3,31 ha stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar.

Die Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung erfolgte im aktuell ausgelegten Planstand gemäß dem Rundschreiben des Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 19.11.2009. Im Dezember 2021 hat das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr jedoch neue Hinweise veröffentlicht („Bau- und landesplanerische Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen – Hinweise des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr“ vom 10.12.2021), die die alten Rundschreiben von 2009 und 2011 u.a. auch bei naturschutzrechtlichen Vorgaben ablösen. Da der Aufstellungsbeschluss nach Veröffentlichung der neuen Hinweise erfolgte, muss die Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung überarbeitet und an die aktuell geltenden rechtlichen Vorgaben angepasst werden.

Erfolgen im Zuge des Vorhabens Wege-Ausbauten, sind diese als Eingriff zu bilanzieren. Neu zu verlegende Leitungen oder Fundamente für Zäune dürfen keine Gehölzbestände beeinträchtigen, diese dürfen nicht im Wurzelbereich der Gehölze (= Kronentraufe + 1,5 m) errichtet werden. Damit die genannten Punkte sichergestellt werden können, muss dies inhaltlich in den Festsetzungen (Karte und Text) dargestellt werden. Zusätzlich ist ein Ausführungs-Plan einzureichen, der die Modulstellflächen, den Zaun, die Zufahrt und die neu zu verlegenden Leitungen darstellt.

Die geplante PV-Anlage liegt auf freier Fläche und ist von allen Seiten gut einsehbar; das dortige Landschaftsbild ist anthropogen nicht vorbelastet. Der Bebauungsplan sieht Einfriedungen bis 2,20 m Höhe und Gebäude bis 5,0 m Höhe vor, die eine gewisse Fernwirkung erzeugen werden. Zur Einbindung der Anlage in die freie Landschaft ist deshalb eine 5 m breite Eingrünung durch mindestens 2-reihigen Hecken aus standortheimischen Gehölze auf allen vier Seiten – auch der Südseite – außerhalb des Anlagenzaunes erforderlich. Die Pflanzung von Kletterpflanzen am Zaun ist hierfür nicht ausreichend.

Eine Gehölzartenliste sollte in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

#### Saatgut:

In die freie Natur (d.h. auf den Kompensations-, aber auch auf den Sondergebietsflächen) dürfen nur heimische Arten ausgebracht werden. Aus diesem Grund muss das Regio-Saatgut zusätzlich mit der „Positivliste“ des Landesamtes für Umwelt übereinstimmen. Vor Verwendung von Regiosaatgut ist von der Gemeinde Kühenthal (oder dem beauftragten Planungsbüro) selbständig zu prüfen, ob alle Einzelarten (auch Unterarten!) der Saatgutmischung in der „Positivliste“ des Landesamtes für Umwelt enthalten sind; für nicht enthaltene (Unter-) Arten ist vom Antragsteller eine Ausnahmegenehmigung gem. § 40 Abs. 1 BNatSchG bei der höheren Naturschutzbehörde an der Regierung von Schwaben zu beantragen.

Das Regio-Saatgut muss einen Kräuteranteil von mindestens 30 % aufweisen.

Die Gemeinde Kühenthal wird gebeten, die o.g. Punkte im weiteren Planungsverlauf zu berücksichtigen.

Hinweis:

Für die Meldung der Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft an das Ökoflächenkataster ist gemäß Art. 9 Satz 4 BayNatSchG die Gemeinde verantwortlich. **Da Sie die Untere Naturschutzbehörde mit dieser Meldung beauftragt haben, wird der Eintrag erst dann vorgenommen, wenn Sie der uNB das Datum der Rechtskraft und den Beginn der Bebauung (auch Erschließungsmaßnahmen) mitteilen.**

Augsburg, den 17.03.2023

Landratsamt Augsburg

gez. Heinz

**Naturschutzfachliche Angaben zur  
artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) bezüglich  
der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG  
für den B-Plan**

**"Solarpark nördlich der Fertiger Straße"**

**Gemeinde Kühenthal**

01.08.2023

**Auftraggeber:**

Solarenergie Haldenhof GmbH & Co KG  
Haldenhof 1  
**86707 Kühenthal**

**Auftragnehmer:**



**DR. ANDREAS SCHULER**

Büro für Landschaftsplanung  
und Artenschutz

Schützenstraße 32  
89233 Neu-Ulm  
[info@schuler-landschaft.de](mailto:info@schuler-landschaft.de)

**Bearbeitung:**

Dr. Andreas Schuler  
Dr. Pablo Valverde  
Dr. Anna Vogeler

<b>1 Einleitung</b>	<b>3</b>
1.1 Lage und Abgrenzung des Untersuchungsgebietes .....	3
1.2 Bestands- und Vorhabensbeschreibung .....	3
<b>2 Gesetzliche und sonstige Grundlagen</b>	<b>4</b>
<b>2.1 Gesetzliche Grundlagen</b> .....	<b>4</b>
<b>Zugriffsverbote und Ausnahmenvoraussetzungen nach BNatSchG</b> .....	<b>4</b>
<b>Erläuterungen und Begriffsdefinitionen</b> .....	<b>6</b>
<b>3 Vorgehensweise</b>	<b>10</b>
3.1 Abschichtung .....	10
3.2 Untersuchungsumfang und Begehungsdaten .....	10
<b>4 Darstellung der in Betracht kommenden Wirkungen</b>	<b>11</b>
4.1 Baubedingte Wirkfaktoren/Wirkprozesse .....	11
4.2 Anlagebedingte Wirkfaktoren/Wirkprozesse .....	11
4.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren .....	11
<b>5 Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität</b>	<b>12</b>
5.1 Maßnahmen zur Vermeidung .....	12
5.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG) .....	12
<b>6 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten</b>	<b>13</b>
6.1 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie .....	13
6.1.1 Pflanzen .....	13
6.1.2 Säugetiere .....	13
6.1.3 Reptilien .....	13
6.1.4 Schmetterlinge .....	13
6.1.5 Amphibien .....	13
6.1.6 Weitere Arten .....	13
6.2 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie .....	14
Prognose und Bewertung bezüglich der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG .....	16
<b>7 Fazit</b>	<b>20</b>
<b>8 Literatur</b>	<b>20</b>
<b>9 Anhang</b>	<b>22</b>
9.1 A Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie .....	24

# 1 Einleitung

## 1.1 Lage und Abgrenzung des Untersuchungsgebietes

Der Betrachtungsraum der artenschutzrechtlichen Prüfung umfasst das Vorhabensgebiet und den daran angrenzenden Wirkraum von bis zu 150 m (Kulissenwirkung Feldlerche). Die Lage des Untersuchungsgebietes ist aus Abb. 1 ersichtlich.

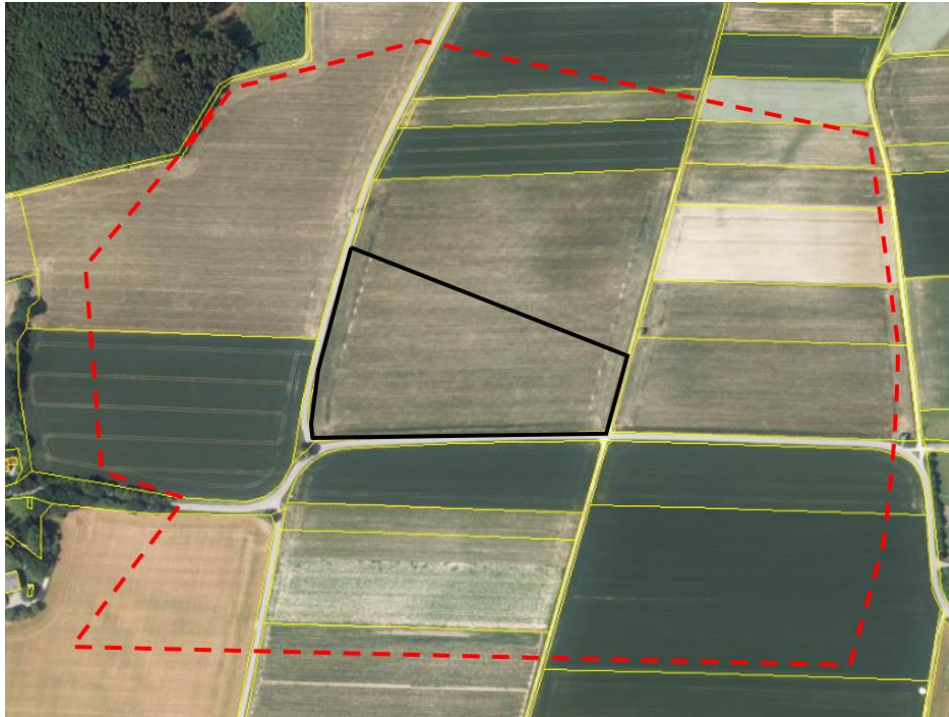


Abb. 1: Lage der Untersuchungsfläche (Schwarz=Untersuchungsfläche, Rot=Vorhabensfläche)  
(Luftbild Quelle <https://geoportal.bayern.de/bayernatlas/>).

## 1.2 Bestands- und Vorhabensbeschreibung

Der Betrachtungsraum des Fachbeitrages Artenschutz umfasst die landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie die daran angrenzenden Gehölze.

Es ist die Entwicklung eines Solarparks geplant (s. Abb. 2).

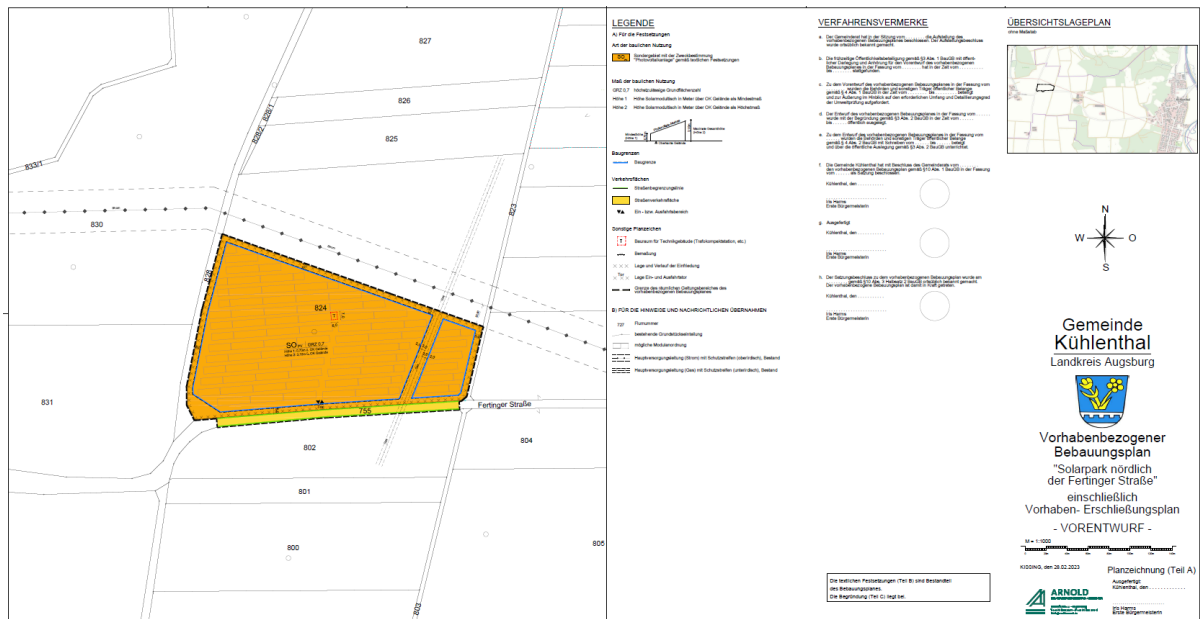


Abb. 2: B-Plan (Arnold, 2023)

## 2 Gesetzliche und sonstige Grundlagen

### 2.1 Gesetzliche Grundlagen

Die Bearbeitung der artenschutzrechtlichen Eingriffsregelung basiert auf folgenden gesetzlichen Grundlagen:

- BNatSchG in der Fassung vom 29. Juli 2009. Zuletzt geändert durch Art. 290 V v. 19.6.2020 I 1328.
- Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz - BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (in Kraft getreten am 1. März 2011). Zuletzt geändert am 24. Juli 2019.
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-RL).
- Richtlinie (79/409/EWG) des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (VRL).

### Zugriffsverbote und Ausnahmeveraussetzungen nach BNatSchG

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es ist verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und

Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,

3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

(5) Ergänzend gilt im Kontext des Verfahrens nach § 44 Abs. 5 und 6 BNatSchG n.F.

Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,
2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,
3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

(6) Die Zugriffs- und Besitzverbote gelten nicht für Handlungen zur Vorbereitung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen, die von fachkundigen Personen unter größtmöglicher Schonung der untersuchten Exemplare und der übrigen Tier- und Pflanzenwelt im notwendigen Umfang vorgenommen werden. Die Anzahl der verletzten oder getöteten Exemplare von europäischen Vogelarten und Arten der in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Tierarten ist von der fachkundigen Person der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde jährlich mitzuteilen.

Von den Verboten des § 44 können im Einzelfall nach § 45 Abs. 7 S. 1 Nrn. 1 bis 5 BNatSchG n.F. weitere Ausnahmen zugelassen werden. Im Kontext des Verfahrens relevant sind § 45 Abs. 7 S. 1 Nr. 5 BNatSchG n.F.:

1. aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Ergänzend gilt nach § 45 Abs. 7 S. 2 bis 5 BNatSchG n.F.:

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weiter gehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Absatz 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie 79/409/EWG sind zu beachten. Die Landesregierungen können Ausnahmen auch allgemein durch Rechtsverordnung zulassen. Sie können die Ermächtigung nach Satz 4 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.

## Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Wesentlichen den Angaben von HMUKLV (2015) und Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (2018) entnommen.

### Erläuterungen zu § 44 Abs. 1 Nr. 1 (Fangen, Verletzen, Töten)

#### **Tötungs- und Verletzungsverbot:**

**Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren sowie Beschädigung, Entnahme oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen bei Errichtung oder durch die Anlage des Vorhabens sowie durch die Gefahr von Kollisionen (Windkraft, Straßenverkehr).**

**Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das *Tötungs- und Verletzungsrisiko* für Exemplare der betroffenen Arten *nicht signifikant erhöht* und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BNatSchG);**

**- wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BNatSchG).**

Direkte Verletzungen oder Tötungen von Tieren oder deren Entwicklungsformen können im Zusammenhang mit Planungs- und Zulassungsverfahren z.B. bei der Baufeldfreiräumung oder der Errichtung von Baustelleneinrichtungen auftreten, z.B. wenn Winterquartiere von Amphibien oder Reptilien überbaut werden.

Bei betriebsbedingten Kollisionen ist der Tötungstatbestand in sachgerechter Auslegung des Gesetzes nicht bereits dann erfüllt, wenn einzelne Exemplare einer Art zu Schaden kommen können (was nie auszuschließen ist), sondern erst dann, wenn sich das Kollisionsrisiko in signifikanter Weise erhöht (BVerwG Urteil vom 09.07.2008 „Bad Oeynhausen“, Az.: 9 A 14.07, Rdnr. 91) bzw. soweit sich die Beeinträchtigungen im Bereich der Bagatellgrenze im Sinne des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 08.01.2014 (Az. 9 A 4/13) zum Neubau der A 14 nördlich Colbitz (Sachsen-Anhalt) 08.01.2014 hielten.

Bei der Bewertung der Signifikanz des erhöhten Tötungsrisikos ist den artspezifischen Besonderheiten (unter Berücksichtigung der Vorbelastung und der vorhabenbedingten Zusatzbelastung) differenziert Rechnung zu tragen (s. a. Bernotat & Dierschke (2015)). Ob ein derartig signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko vorliegt, ist fachgutachterlich jeweils für das konkrete Vorhaben unter Berücksichtigung möglicher Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen zu beurteilen (BVerwG Urteil vom 09.07.2008 „Bad Oeynhausen“, Az.: 9 A 14.07, Rdnr. 93 ff.).



Das bedeutet, dass bei der Planung von Vorhaben mögliche betriebsbedingte Tötungen von Individuen zu berücksichtigen und durch entsprechende Planungsvorgaben soweit möglich zu vermeiden sind, etwa durch Amphibienschutzanlagen bei Straßenneubauten, Schaffung von Leitstrukturen, Kollisionsschutzwände und punktuell Über- oder Unterflughilfen an stark genutzten Flugstraßen von Fledermäusen, die sich überwiegend strukturgebunden orientieren.

Auch in den Fällen einer baubedingten Tötung von Tieren ist zu prüfen, ob sich das Tötungsrisiko des einzelnen Individuums – unter Berücksichtigung sämtlicher Vermeidungsmaßnahmen – über das allgemeine Lebensrisiko hinaus signifikant erhöht.

Das Fangen, welches in Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionalität der Fortpflanzungs- und Ruhestätte (an anderer Stelle) erfolgt, erfüllt nach Auffassung der EU-Kommission nicht den Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (vgl. HMUKLV 2015). Das gleiche gilt für damit verbundene Störungen nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG).

### **Erläuterungen zu § 44 Abs. 1 Nr. 2 (Erhebliche Störung)**

#### **Störungsverbot:**

**Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten.**

**Ein Verbot liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population der betroffenen Arten verschlechtert (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG).**

Der Begriff „Störungen“ umfasst im Kontext der Artenschutzprüfung Ereignisse, die zwar die körperliche Unversehrtheit eines Tieres nicht direkt beeinträchtigen (Unterschied zur Verletzung), aber eine Veränderung auf physiologischer Ebene oder eine Verhaltensänderung bewirken, die sich nachteilig auswirkt (z.B. durch erhöhten Energieverbrauch infolge von Fluchtreaktionen). Somit sind Intensität, Dauer und Frequenz von Störungen entscheidende Parameter für die Beurteilung der Auswirkungen von Störungen auf eine Art:

Störungen können beispielsweise durch akustische oder optische Signale infolge von Bewegung, Lärm, Licht oder durch Schadstoffe eintreten. Mögliche Störursachen können auch die Verkleinerung von Jagdhabitaten, die Unterbrechung von Flugrouten (Vgl. BVerwG, Urteil vom 9. Juli 2009 „Flughafen Münster/Osnabrück“, AZ.: 4 C 12/07 Rdnr. 40; BVerwG, Urteil vom 12. März 2008, „Hessisch Lichtenau II“ AZ.: 9 A 3/06, Rdnr. 230) sein. Ferner sind strukturbedingte Störwirkungen wie z.B. die Trennwirkung von Trassen (vgl. BVerwG Urteil vom 09.07.2008 „Bad Oeynhausen“, Az.: 9 A 14.07, Rdnr. 105), die Silhouettenwirkung des Verkehrs, von Modellflugzeugen, Windkraftanlagen und Straßendämmen oder die Kulissenwirkung auf Offenlandbrüter denkbar.

Nach Auffassung der EU-Kommission fallen vorübergehende Störungen, die im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktionalität der Fortpflanzungs- und Ruhestätte (an anderer Stelle) stehen, nicht unter den Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG (vgl. HMUKLV 2015).

Relevant sind dabei jedoch nur erhebliche Störungen, d.h. Störungen, durch die sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert. Bewertungsmaßstab ist die jeweilige lokale Population.

Das Gemeinschaftsrecht kennt den Begriff der lokalen Population nicht. Das Gesetz selbst definiert nur den Begriff der Population allgemein in § 7 Abs. 2 Nr. 6 BNatSchG, wonach die Population eine biologisch oder geografisch abgegrenzte Zahl von Individuen einer Art ist. Das Bundesverwaltungsgericht hat zum Begriff der Population ausgeführt: „er umfasst eine biologisch oder geographisch abgegrenzte Zahl von Individuen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass sie derselben Art oder Unterart angehören und innerhalb ihres Verbreitungsgebiets in generativen oder vegetativen Vermehrungsbeziehungen stehen“ und für den Begriff der „lokalen Population“ auf die Gesetzesbegründung zum BNatSchG 2007 Bezug genommen (BVerwG, Urteil vom 9. Juni 2010 „A 44 im Stadtgebiet von Bochum“, Az.: 9 A 20/08 Rdnr. 48).

Die Gesetzesbegründung zum BNatSchG 2007 stellt speziell zur Definition der lokalen Population auf „(Teil-)Habitate und Aktivitätsbereiche der Individuen einer Art, die in einem für die Lebens(-

raum)ansprüche der Art ausreichenden räumlich-funktionalen Zusammenhang stehen“, ab. (BT-Drs. 16/5100, S. 11).

Wenn auch hinsichtlich der konkreten Ausdehnung des zu betrachtenden räumlich-funktionalen Zusammenhangs in der Gesetzesbegründung nichts Näheres ausgeführt ist, lässt sich aus der Wortbedeutung des Begriffs „lokal“ ableiten, dass es sich um die Population handelt, die für den Beurteilungsort maßgeblich ist. Auf den regionalen oder landesweiten Bestand, der nicht Bestandteil dieser Population ist, kommt es nicht an.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Überlebenschancen, der Fortpflanzungserfolg oder die Reproduktionsfähigkeit dieser Population nachhaltig vermindert werden, wobei dies artspezifisch für den jeweiligen Einzelfall untersucht und beurteilt werden muss.

Durch geeignete Vermeidungs- oder Minderungsmaßnahmen kann eine vorhabenbedingte Störung unterhalb der tatbestandlichen Erheblichkeitsschwelle gehalten werden. Ob eine Störung populationswirksam, also erheblich ist, wird einzelfallbezogen unter Berücksichtigung der ggf. erforderlichen Vermeidungsmaßnahmen beurteilt. Maßnahmen zur Vermeidung des Störungstatbestandes können auch Schutz- oder Ausgleichsmaßnahmen umfassen, die die betroffene lokale Population trotz der eintretenden Störungen stabilisieren und dadurch Verschlechterungen ihres Erhaltungszustands verhindern (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 „A 33 Bielefeld-Steinhagen“, AZ. 9 A 64/07, Rdnr. 90; BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 „A 44 Ratingen-Velbert“, AZ.: 9 A 39/07, Rdnr. 86).

Wenn schon nach überschlüssiger Prüfung sicher ausgeschlossen werden kann, dass sich der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, ist eine konkrete Ermittlung und Abgrenzung der "lokalen Population" dieser Art nicht erforderlich. Maßnahmen zur Sicherung des Bestandes dürfen bei dieser Prüfung berücksichtigt werden (vgl. Urteil zur BAB A 14 vom 08.01.2014, "A 14 Colbitz bis Dolle", BVerwG 9 A 4/13, Rdnr. 82).

### **Erläuterungen und Begriffsbestimmungen zu § 44 Abs. 1 Nr. 3 (Schutz von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)**

#### **Schadigungsverbot von Lebensstätten:**

#### **Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten.**

**Abweichend davon liegt ein Verbot nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird (§ 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG).**

Das Verbot betrifft, wie bereits schon vor dem BNatSchG 2007 durch die Rechtsprechung klargestellt, nicht den Lebensraum der Arten insgesamt, sondern nur selektiv die bezeichneten Lebensstätten, die durch bestimmte Funktionen geprägt sind (BVerwG, Urteil vom 12.03.2008 „Hessisch-Lichtenau II, Az. 9 A 3.06). „Geschützt ist danach der als Ort der Fortpflanzung oder Ruhe dienende Gegenstand, z.B. einzelne Nester oder Höhlenbäume, und zwar allein wegen dieser ihm zukommenden Funktion.“ (BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 „A 33 Bielefeld-Steinhagen“, AZ.: 9 A 64/07, Rdnr.68 mit weiteren Nachweisen).

Als Fortpflanzungsstätte wurden von der LANA bisher folgende Beispiele genannt: Balzplätze, Paarungsgebiete, Neststandorte, Brutplätze oder -kolonien, Wurfbaue oder -plätze, Eiablage-, Verpuppungs- und Schlupfplätze oder Areale, die von den Larven oder Jungen genutzt werden (LANA 2009). Zu dieser weiten Auslegung der LANA für den Begriff „Fortpflanzungsstätte“ bezogen auf Paarungsgebiete und Areale, in denen sich die Jungen aufhalten, gab es bisher noch keine gerichtliche Entscheidung. In seinen bisherigen Entscheidungen hat das BVerwG eine enge Auslegung zur „Fortpflanzungsstätte“ betont (s. oben).

Die Ruhestätten umfassen alle Orte, die ein Tier regelmäßig zum Ruhen oder Schlafen aufsucht oder an die es sich zu Zeiten längerer Inaktivität zurückzieht. Als Ruhestätten gelten z.B. Schlaf-, Mauser- und Rastplätze, Sonnplätze, Schlafbaue oder -nester, Verstecke und Schutzbauten sowie Sommer- und Winterquartiere (LANA 2009).

Im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag sind die konkret betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten artspezifisch zu ermitteln. Soweit dies im Rahmen der Verhältnismäßigkeit nicht möglich ist, können auch

gutachterliche Einschätzungen vorgenommen werden (vgl. BVerwG, Beschluss vom 13.3.2008 „A 4 bei Jena“, Az.: 9 V R 9/07 Rdnr. 30).

Der Begriff der Fortpflanzungs- und Ruhestätten umfasst im Hinblick auf brutplatztreue Vogelarten nicht nur aktuell besetzte, sondern auch regelmäßig benutzte Brutplätze, selbst wenn sie während der winterlichen Abwesenheit von Zugvögeln unbenutzt sind (BVerwG, Beschluss vom 13. März 2008 „A 4 bei Jena“, Az.: 9 VR 9/07, Rdnr. 29; BVerwG, Urteil vom 21.6.2006 „Ortsumgehung Stralsund“, Az.: 9 A 28/05, Rdnr.33). Dies gilt zumindest dann, wenn nach den Lebensgewohnheiten der Art eine regelmäßig wiederkehrende Nutzung der konkreten Strukturen zu erwarten ist (BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 „A 44 Ratingen – Velbert“, Az.: 9 A 39/07 Rdnr. 66). Hierfür bedarf es einer artspezifischen Prognose.

Tagesquartiere von Fledermäusen sind im Sinne des Verbotstatbestands des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG als Ruhestätten anzusehen, wenn diese nach fachgutachterlicher Einschätzung mit einer hohen Wahrscheinlichkeit regelmäßig (d.h. nicht nur sporadisch) genutzt werden.

Bei Arten, die ihre Lebensstätten jährlich wechseln oder neu anlegen, ist demnach die Zerstörung einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte außerhalb der Nutzungszeiten kein Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Vorschriften. So wäre es beispielsweise zulässig, bei Vogelarten mit räumlich wechselnden Neststandorten das Baufeld außerhalb der Brutzeit frei zu räumen (z. B. bei der Wiesenschafstelze). Dies gilt nicht für sog. reviertreue Vogelarten, die zwar ihre Brutplätze, nicht aber ihre Brutreviere regelmäßig wechseln (z.B. Kiebitz, Feldsperling, Mittelspecht). Hier kann ein Verstoß dann vorliegen, wenn in einem regelmäßig belegten Brutrevier alle für den Nestbau geeigneten Brutplätze verloren gehen (Urteil des BVerwG vom 18.03.2009 „A 44 Ratingen – Velbert“, Az.: 9 A 39.07 Rdnr. 75). Auch hierfür bedarf es einer artspezifischen Prognose im Einzelfall.

Potenzielle Lebensstätten, d.h. nicht genutzte, sondern lediglich zur Nutzung geeignete Fortpflanzungs- oder Ruhestätten sind grundsätzlich nicht geschützt, da es hierbei am erforderlichen Individuenbezug fehlt (BVerwG, Urteil vom 9. Juli 2008 „Bad Oeynhausen“, Az.: 9 A 14/07 Rdnr. 100; BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008, Az.: 9 VR 9.07 „A 4 bei Jena“, Rdnr. 30).

Nahrungshabitate bzw. Jagdreviere fallen grundsätzlich nicht unter den Schutz der Fortpflanzungs- und Ruhestätten (BVerwG, Beschluss vom 13.03.2008 „A 4 bei Jena“, Az.: 9 VR 9.07 Rdnr. 30 bzw. BVerwG, Beschluss vom 08.03.2007 „revisibles Recht; Straßenplanung“, Az.: 9 B 19.06, Rdnr. 8).

Wanderkorridore, z.B. von Amphibien (BVerwG, Beschluss vom 08.03.2007 „revisibles Recht; Straßenplanung“, Az.: 9 B 19.06, NuR 2007, 269) zählen ebenfalls nicht zu den geschützten Fortpflanzungs- oder Ruhestätten.

Allerdings sind derartige Wanderkorridore oder auch Jagd- bzw. Nahrungshabitate im Rahmen der Eingriffsregelung oder auch ggf. bei der Prüfung des Störungstatbestandes zu berücksichtigen.

„Beschädigung“ kann als materielle (physische, körperliche) Verschlechterung einer Fortpflanzungs- und Ruhestätte definiert werden (vgl. EU-Kommission 2007b, Kap. II.3.4.c, Nr. 66 unter Verweis auf die englische Originalfassung, die von „physical degradation“ spricht). „Eine solche Beschädigung kann zur graduellen Verschlechterung der Funktionalität der betreffenden Stätte führen. Die Beschädigung muss somit nicht unmittelbar zum Verlust der Funktionalität einer Stätte führen, sondern wird sie qualitativ oder quantitativ beeinträchtigen und auf diese Weise nach einiger Zeit zu ihrem vollständigen Verlust führen“

Allerdings reicht die körperliche Verletzung aus gemeinschaftsrechtlicher Sicht alleine nicht aus, da es letztlich auf den Schutz der Funktionalität der Fortpflanzungs- und Ruhestätte ankommt (EU-Kommission 2007b, Kap. II.3.4.c, Nr. 69/70). Daher betont der Leitfaden, dass die materielle Verschlechterung (physical degradation) mit einer Funktionseinbuße bzw. einem Funktionsverlust zusammenhängen muss.

Diese kann beispielsweise durch ein (wiederholtes) Verfüllen von Teilen der Laichgewässer des Kammolches erfolgen oder aber auch in Form einer graduellen Beeinträchtigung von dessen Funktion als Fortpflanzungsstätte (insgesamt) durch nährstoffreiche Einträge in ein Gewässer mit der Folge eines allmählichen (schleichenden) Bestandsrückgangs der Krebschere (*Stratiotes aloides*), die der Grünen Mosaikjungfer (*Aeshna viridis*) zur Eiablage dient (EU-Kommission 2007b, Kap. II.3.4.c, Nr. 71).

In der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum deutschen Artenschutzrecht wurde die Frage, ob der Beschädigungs- bzw. Zerstörungstatbestand des § 44 Abs.1 Nr.3 BNatSchG auch bei einem Funktionsverlust ohne materielle Beschädigung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätte (mittelbare Funktionsbeeinträchtigung z.B. durch Straßenlärm oder den Verlust essentieller Nahrungshabitate oder

Wanderkorridore) erfüllt sein kann, bislang nicht ausdrücklich entschieden (BVerwG, Urteil vom 12. August 2009 „A 33 Bielefeld-Steinhagen“, AZ.: 9 A 64/07, Rdnr. 72; BVerwG, Urteil vom 18. März 2009 „A 44 Ratingen - Velbert“, AZ.: 9 A 39/07, Rdnr. 77; STOROST 2010, 737 (742)).

Bis zu einer endgültigen Entscheidung durch das Bundesverwaltungsgericht empfiehlt es sich, solche Fälle der mittelbaren Funktionsbeeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, die zum vollständigen Funktionsverlust führen, unter den Beschädigungs- bzw. Zerstörungstatbestand (Nr.3) zu fassen. Dazu kann z. B. eine 100%ige Verschlechterung der Habitateignung von Brutplätzen durch Lärm- oder Kulisseneinwirkung von Straßen (Garniel & Mierwald 2010) zählen. Bei einer mittelbaren Funktionsbeeinträchtigung ist zusätzlich der Störungstatbestand zu prüfen.

Beschädigungen oder Zerstörungen, die aus natürlichen Ursachen resultieren, auf unvorhersehbare Ereignisse zurückzuführen sind oder sich infolge der natürlichen Sukzession nach Einstellung einer bestimmten Form der Landnutzung durch den Menschen oder der Aufgabe von Gebäuden ergeben, sind nicht durch das Verbot des § 44 Abs.1 BNatSchG erfasst (vgl. EU-Kommission 2007b, S. 51).

Aufgrund der Legalausnahme des § 44 Abs. 5 S. 2 BNatSchG liegt ein Verstoß gegen das Verbot der Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten dann nicht vor, wenn trotz Beschädigung, Zerstörung oder Entnahme einer geschützten Fortpflanzungs- oder Ruhestätte deren ökologische Funktion – ggf. durch Festsetzung von vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen bzw. sog. CEF-Maßnahmen - im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. „An der ökologischen Gesamtsituation des von dem Vorhaben betroffenen Bereichs darf im Hinblick auf seine Funktion als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte keine Verschlechterung einsetzen“ (BT-Drs. 16/5100, S. 12). Der geforderte räumliche Zusammenhang kann nicht pauschal definiert werden, sondern hängt artspezifisch von der Mobilität der betroffenen Arten ab und ist im Einzelfall fachgutachterlich zu bestimmen.

### 3 Vorgehensweise

#### 3.1 Abschichtung

In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde wurden die relevanten Artengruppen auf die Vögel festgelegt.

Das Abschichtungsergebnis der nicht untersuchten Arten ist im Anhang dargestellt. Bei den oben genannten Artengruppen wird auf die Darstellung des Abschichtungsergebnisses verzichtet. Für diese Artengruppen gelten die festgestellten Arten.

#### 3.2 Untersuchungsumfang und Begehungsdaten

Die naturschutzfachlichen Angaben wurden anhand der Ergebnisse von folgenden Geländebegehungen durchgeführt:

**Brutvögel:** Sieben Begehungen: Eine Begehung nachts (Eulen) am 22.03. Sechs Begehungen morgens am 10.04., 21.04., 05.05., 25.05., 17.06., 02.07.2022. Die Vogelkartierung erfolgte nach Südbeck et al. (2005).

## **4 Darstellung der in Betracht kommenden Wirkungen**

### **4.1 Baubedingte Wirkfaktoren/Wirkprozesse**

Durch die Inanspruchnahme der Fläche und der Betroffenheit von Offenlandbiotoptypen ist der Verlust von Lebensräumen, also auch von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, grundsätzlich nicht auszuschließen.

Baubedingt sind Lärm-, Staub- und Schadstoffimmissionen zu erwarten. Ferner sind Wirkungen durch Erschütterungen, Licht, Menschen- und Verkehrsbewegungen möglich.

### **4.2 Anlagebedingte Wirkfaktoren/Wirkprozesse**

Es entstehen neue bauliche Anlagen. Grundsätzlich sind Kollisionsrisiken, Zerschneidungseffekte und Barrierewirkungen nicht auszuschließen.

### **4.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren**

Es finden Veränderungen des Betriebes statt von einer reichen landwirtschaftlichen Nutzung hin zur überwiegenden Energienutzung statt. Relevante Wirkungen, wie Störungen durch Lärm, Menschen- und Verkehrsbewegungen können aber mit Blick auf die Vorbelastung ausgeschlossen werden. Der Bereich wird eher beruhigt. Diese Wirkungen werden daher nicht weiter geprüft.

## **5 Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität**

### **5.1 Maßnahmen zur Vermeidung**

Zur Vermeidung der Zugriffsverbote sind folgende Maßnahmen vorzusehen:

#### V1: Baufeldberäumung:

Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrämuungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.

### **5.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG)**

Maßnahmen zum Erhalt der ökologischen Funktionalität sind nicht notwendig.

## **6 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten**

### **6.1 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

#### **6.1.1 Pflanzen**

Vorkommen von artenschutzrechtlich relevanten Pflanzenarten wurden im Zuge der Relevanzprüfung ausgeschlossen und wurden auch als Beibeobachtungen nicht festgestellt. Eine weitere Prüfung der Arten entfällt damit.

#### **6.1.2 Säugetiere**

Es sind im Geltungsbereich des B-Planes keine Strukturen vorhanden, die als Quartiere für Fledermäuse dienen können. Das Gebiet ist aufgrund der Struktur (Ackerfläche) allenfalls als wenig genutztes Nahrungshabitat einzustufen. Eine Betroffenheit im artenschutzrechtlichen Sinne ist daher auszuschließen.

Auch andere Säugetiere (Biber, Haselmaus, Luchs, Wildkatze) sind auf der Untersuchungsfläche nicht zu erwarten bzw. können aufgrund der Habitat-Struktur ausgeschlossen werden.

Eine weitere Prüfung der Arten entfällt damit.

#### **6.1.3 Reptilien**

Für Reptilien sind keine geeigneten Habitate vorhanden. Es konnten bei den Begehungen auch keine Reptilien als Bebeobachtung festgestellt werden. Eine weitere Prüfung der Artengruppe entfällt damit.

#### **6.1.4 Schmetterlinge**

Individuen oder essentielle Futterpflanzen von artenschutzrechtlich relevanten Schmetterlingsarten wurden im Bereich der Baufläche nicht festgestellt und können aufgrund der Habitatstruktur auch ausgeschlossen werden. Eine weitere Prüfung der Artengruppe entfällt damit.

#### **6.1.5 Amphibien**

Für Amphibien sind keine geeigneten Habitate vorhanden. Eine weitere Prüfung der Artengruppe entfällt damit.

#### **6.1.6 Weitere Arten**

Vorkommen bzw. eine Betroffenheit von weiteren artenschutzrechtlich relevanten Arten (Käfer, Libellen) wurden nicht festgestellt und können auch aufgrund der Habitatstruktur ausgeschlossen werden. Eine weitere Prüfung der Artengruppen entfällt damit.

## 6.2 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Artikel 1 der Vogelschutzrichtlinie

Es wurden die in Tab. 1 und Abb. 3 dargestellten Brutvogelarten festgestellt.

Auf der Vorhabensfläche selbst brütet nur die Schafstelze.

Die Reviere der Feldlerche wurden im Umfeld nachgewiesen. Bei der Kartierung der Erstbrut wurden zwei Brutpaare festgestellt, während der Zweitbrut drei Paare.

Bei den gehölzbrütenden Arten überwiegen häufige und ungefährdete Ubiquisten.

Zu den Nahrungsgästen auf der Vorhabensfläche gehören Blaumeise, Bachstelze, Mäusebussard, Rabenkrähe, Rotkelchen, Star und Turmfalke.

Tab. 1: Brutvögel des Untersuchungsgebiet: RL BY/D = Rote Liste Bayern/Deutschland: 1 = vom Aussterben bedroht, 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Art der Vorwarnliste, I = gefährdete wandernde Art, G = Gefährdung anzunehmen, D = Daten mangelhaft; Schutz: b = besonders geschützt, s = streng geschützt; VSR: Vogelschutzrichtlinie: A I = Anhang I.

Nistplatztreue (BMU 2011): 0 = keine Ortstreue, 1 = durchschnittliche Ortstreue, 2 = hohe Ortstreue, 3 = hohe Nistplatztreue, 4 = hohe Nesttreue.

Gehölzbrüter: grün hinterlegt

Offenlandarten: gelb hinterlegt

Arten Dt. Name	Wiss. Name	Kürzel Abb.	Gefährdung		Schutz		Nistplatz- treue
			RL BY	RL D	BNat SchG	VS R	
Amsel	<i>Turdus merula</i>	A			b		2
Blaumeise	<i>Cyanistes caeruleus</i>	Bm			b		3
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	B			b		2
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	Fl	3	3	b		2
Grünfink	<i>Chloris chloris</i>	Gf			b		1-2
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	G			b		2
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	He			b		1-2
Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>	Mg			b		2
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	Rk			b		2
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	Rt			b		1-4
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>	S		3	b		2
Schafstelze	<i>Motacilla flava</i>	St			b		1-2



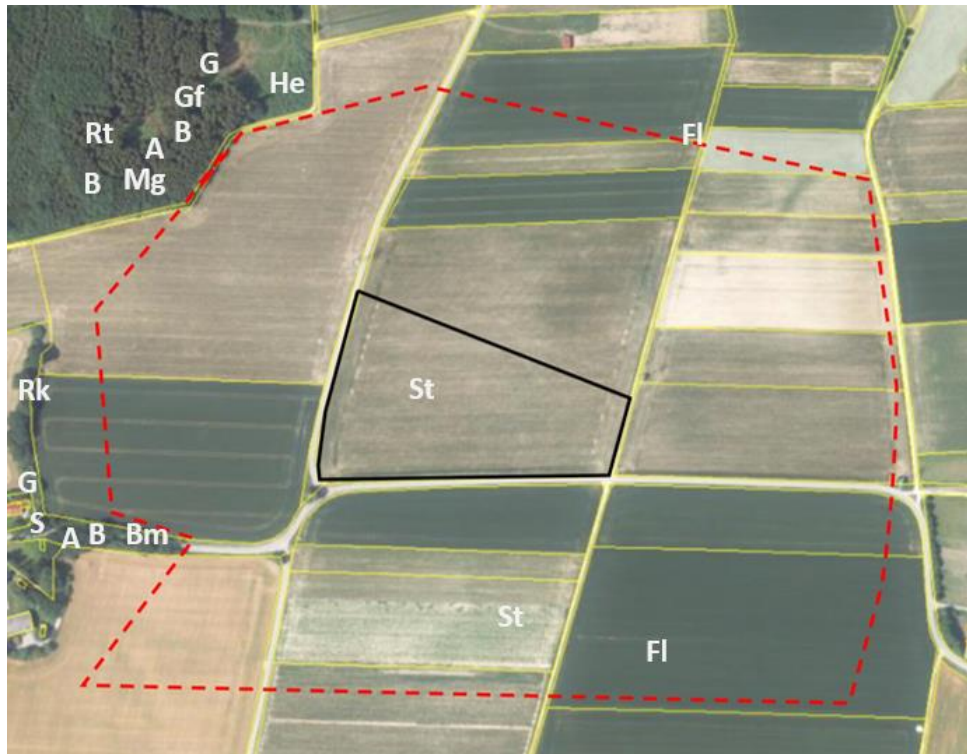


Abb.3: Brutvogel im Untersuchungsgebiet Gehölzbrüter und Feldlerche Erstbrut; Quelle Luftbild, [www.geoportal.bayern.de/bayernatlas](http://www.geoportal.bayern.de/bayernatlas)).

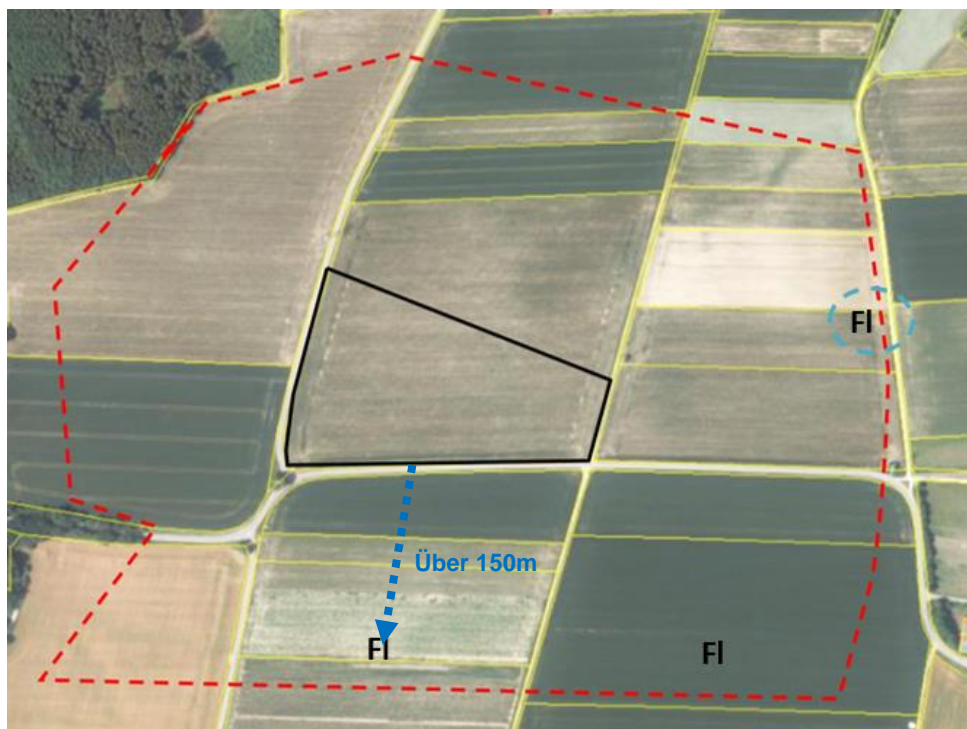


Abb.4: Feldlerche Zweitbrut (Quelle Luftbild [www.geoportal.bayern.de/bayernatlas](http://www.geoportal.bayern.de/bayernatlas)).

## Prognose und Bewertung bezüglich der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG

Entsprechend der Untersuchungsergebnisse ist lediglich die Wiesenschafstelze als Brutvögel direkt betroffen. Zudem wird aus konservativem Ansatz heraus die Kulissenwirkung bezüglich der Feldlerche geprüft.

Für die Gehölzbrüter ist eine Betroffenheit auszuschließen. Deren Vorkommen ist zu weit von dem Vorhaben entfernt, bzw. zu den Bauflächen ist ein ausreichender Puffer vorhanden (s. Abb. oben).

Die Prognose und Bewertungen bezüglich der Verbotstatbestände beschränkten sich daher auf die Offenlandbrüter.

### Artname: Offenlandbrüter: Feldlerche, Wiesenschafstelze

#### 1. Grundinformationen

**Rote-Liste Status Deutschland:**    **Bayern:**

**Arten im UG:**  nachgewiesen                       potenziell möglich

**Erhaltungszustand** der Art auf Ebene der kontinentalen biogeographischen Region

günstig     ungünstig – unzureichend                       ungünstig – schlecht

#### **Lokale Population:**

Eine Bewertung der lokalen Populationen ist aufgrund der geringen Untersuchungsfläche nicht möglich. Es wird aber davon ausgegangen, dass der oben genannte Erhaltungszustand (biogeografische Region) auf die lokale Populationen übertragbar ist

Der **Erhaltungszustand** der lokalen Population wird demnach bewertet mit:  
siehe Tabelle

hervorragend (A)     gut (B)     mittel – schlecht (C)

#### 2.1 Prognose des Schädigungsverbots für Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 Satz 1 - 3 u. 5 BNatSchG

Es werden keine Fortpflanzung- und Ruhestätten direkt zerstört, da die Wiesenschafstelze bei Baubeginn im Winterquartier sind bzw. vergrämt werden (s. Vermeidungsmaßnahme)..

Ferner bauen die Arten jedes Jahr ein neues Nest und ist auch nicht nesttreu (vgl. BMU (2011)). Das heißt, es werden unterschiedliche Brutplätze innerhalb eines Gewanns genutzt. Hier kann ein Verstoß dann vorliegen, wenn in einem regelmäßig belegten Gewann alle für den Nestbau geeigneten Brutplätze verloren gehen (Urteil des BVerwG vom 18.03.2009 „A 44 Ratingen – Velbert“, Az.: 9 A 39.07 Rdnr. 75). Dies wird im Folgenden geprüft.

Die Wiesenschafstelze ist nicht betroffen, da die Art kein relevantes Meide-Verhalten gegenüber PV-Anlage aufweist und von den Begrünungen insgesamt profitieren wird. Auch sind noch genügend Ausweichmöglichkeiten in die Umgebung gegeben. Eine Beeinträchtigung der Lebensstätte ist daher auszuschließen.

## Artname: Offenlandbrüter: Feldlerche, Wiesenschafstelze

Die Feldlerche wurde auf der Vorhabensfläche nicht festgestellt. Das nächstgelegene Revier ist ca. 150 m entfernt und damit außerhalb der Kulissenwirkung.

Zudem belegen aktuelle Ergebnisse von einer PV-Anlage bei Nellingen (Alb-Donau-Kreis) (Schuler 2021), dass auf PV-Anlagen festgestellte Feldlerchen selbst bei einer direkten Betroffenheit ins angrenzende Umfeld ausweichen. Bei der Monitoring-Kartierung wurde festgestellt, dass zwei betroffene Brutpaare im Zuge der Vergrämung ihren Brutplatz ins Umfeld verlagerten (s. folgende Abb.).



Abb. 4: Ergebnisse Feldlerchen-Monitoring Nellingen

Bei Monitoring-Untersuchung im zweiten Jahr bestätigte sich, dass die Brutpaare ihre Neststandorte auf die Flächen außerhalb der PV Anlage verlagert haben, der Bereich der PV Anlage aber noch Teil des Reviers ist. So wurden Feldlerchen z.B. auf den Freiflächen innerhalb des PV-Geländes (innerhalb des Zauns) nahrungssuchend angetroffen und auch singend über der PV-Anlage festgestellt.

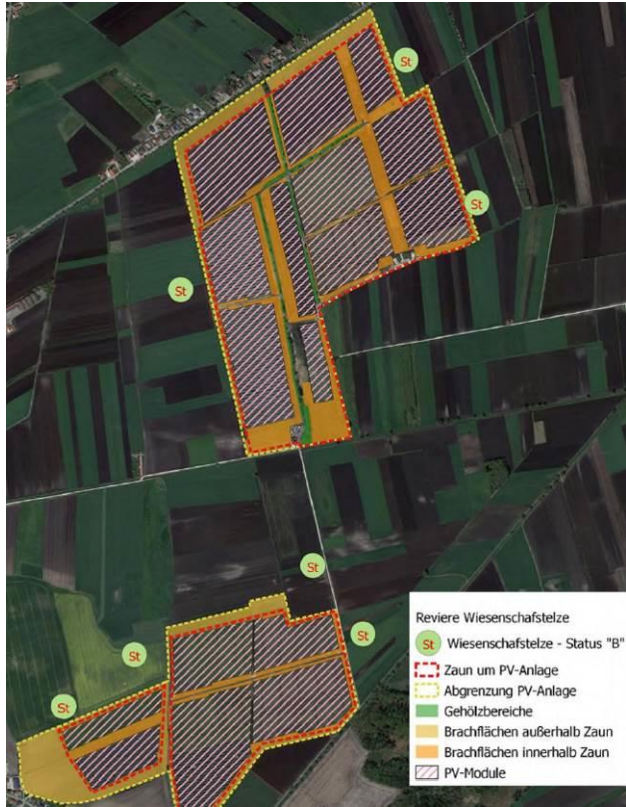
Das verbesserte Nahrungsangebot durch die Grünland- und Saumflächen innerhalb der PV-Anlage führt offenbar sogar dazu, dass die Brutdichte im Umfeld im Verhältnis zur Bestandssituation vor dem Bau der PV-Anlage zugenommen hat.

Indirekt werden die obigen Aussagen durch die Ergebnisse von LfU (2022) bestätigt. Die Brutnachweise der Feldlerche sind sehr nahe (40m) an der PV-Anlage festgestellt worden. Ein Paar brütete möglicherweise sogar im Solarpark, allerdings waren dort noch nicht alle Module montiert (s. folgende Abbildungen). Ähnliches gilt für Schafstelze und Wachtel,

## Artname: Offenlandbrüter: Feldlerche, Wiesenschafstelze

beide Arten kommen an Rand bzw. in den offenen Bereichen von PV-Anlagen vor.

Eine relevante Betroffenheit der Feldlerche ist daher auszuschließen.



**Artname: Offenlandbrüter: Feldlerche, Wiesenschafstelze**

Abb. 5: Ergebnisse Kartierungen PV-Schornhof (LfU 2022)

 Konfliktvermeidende Maßnahmen erforderlich:V1: Baufeldberäumung:

Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrämuungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.

 CEF-Maßnahmen erforderlich:

Nein

Schädigungsverbot ist erfüllt:  ja  nein**2.2 Prognose des Störungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 5 Satz 1, 3 u. 5 BNatSchG**

Eine erhebliche Störung ist Populationsbezogen und aufgrund der geringen Wirkung des Vorhabens auf die Feldlerche und die Schafstelze auszuschließen. Eine indirekte Wirkung auf Brutpaare im Umfeld ist auszuschließen, da genügend Ausweichflächen zur Verfügung stehen.

 Konfliktvermeidende Maßnahmen erforderlich:  
▪ nein CEF-Maßnahmen erforderlich:  
▪ neinStörungsverbot ist erfüllt:  ja  nein**2.3 Prognose des Tötungs- und Verletzungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 Satz 1, 2 u. 5 BNatSchG**

Eine direkte Tötung von Vögeln als Folge einer Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist auszuschließen, da lediglich ein Brutplatz der Schafstelze auf der Baufläche festgestellt wurde und diese sich im Winterhalbjahr nicht im Untersuchungsgebiet befindet.

Hier greift zudem Vermeidungsmaßnahme 1.

Eine Tötung ist damit ausgeschlossen.

**Artname: Offenlandbrüter: Feldlerche, Wiesenschafstelze**

Konfliktvermeidende Maßnahmen erforderlich:

V1: Baufeldberäumung:

Freiräumen des Baufelds zwischen dem 1.10. und Ende Februar. Bei einer Freiräumung des Baufeldes außerhalb der oben genannten Zeit sind ggf. im Vorgriff Vergrämuungsmaßnahmen einzuleiten und die Flächen regelmäßig auf das Vorhandensein von Vögeln zu kontrollieren. Bei Auffinden von Tieren ist das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Bei festgestellten Vogelbruten ist je nach Lage des Nestes der Beginn der Arbeiten anzupassen, der Brutplatz auszusparen oder der geplante Arbeitsbereich zu modifizieren.

Tötungsverbot ist erfüllt:  ja  nein

## 7 Fazit

Nach eingehender Prüfung sind die Verbotstatbestände unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung nach § 44 BNatSchG nicht erfüllt. Eine Befreiung nach § 67 BNatSchG ist nicht erforderlich.

## 8 Literatur

Article 12 Working Group (2005): Contribution to the interpretation of the strict protection of species (Habitat Directive article 12). 36 S.

Bauer, H-G, Bezzel, E., Fiedler, W. (2005): Kompendium der Vögel Mitteleuropas.

Bezzel, E.; Geiersberger, I.; Lossow, G. v.; Pfeiffer, R. (2005): Brutvögel in Bayern. Verbreitung 1996 bis 1999. Verlag Eugen Ulmer. 560 S.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2011): Entwicklung einer fachlich-methodischen Handreichung zur Berücksichtigung von Naturschutzbelangen bei der Planung und Zulassung von Biogasanlagen

EC (European Commission) (2007): Interpretation manual of European Union habitats. 144 pp.

George, K. Zang, H. (2010): Schwankungen der Brutbestände von Kleiber Sitta europaea, Koh-, Blau- und Tannenmeise Parus major, P caeruleus, P. ater im Harz von 1993 bis 2010. Vogelwelt 131: 239-245.

Gellermann, M; Schreiber, M. (2007): Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen in staatlichen Planungs- und Zulassungsverfahren. Schriftenreihe Natur und Recht, Band 7. Springer-Verlag GmbH. 271 S.

HMUKLV (2015): Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen, 3. Fassung.

Lieder K. & Lumpe (ohne Jahr): Vögel im Solarpark - eine Chance für den Artenschutz? Auswertung einer Untersuchung im Solarpark Ronneburg „Süd I“. Ronneburg und Greiz. (<http://archiv.windenergietage.de/20F3261415.pdf>)

Neuling, Erich 2011: Tagungsbeitrag 13. Naturschutztag des NABU Brandenburg. „Photovoltaik auf Freiflächen. Lieberose, Photovoltaik im Vogelschutzgebiet – eine Analyse.

Kautz (2016): Neukommentierung des § 44 BNatSchG. In Naturschutz und Landschaftspflege und einschlägige Regelungen des Jagd- und Forstrechts. Lieferung 3/16.

LfU (2022), Kartierung der Brutvögel und Nahrungsgäste der Freiflächen-Photovoltaikanlage Schornhof im Donaumoos).

Meschede, A.; Rudolph, B.-U. (2004): Fledermäuse in Bayern. Ulmer Verlag, Stuttgart, 411 S.

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (2018): Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP). 17 Seiten + 3 Anlagen.

Raab B. (2015): Erneuerbare Energien und Naturschutz – Solarparks können einen Beitrag zur Stabilisierung der biologischen Vielfalt leisten. -. In: Anliegen Natur 37 (1), S 67-76.

Schuler. A. (2020) Monitoring-Bericht B-Plan „Alter Flugplatz Schwaighofen“ Neu-Ulm.

Schuler. A. (2021): Monitoring-Bericht 2. Jahr PV Ziegerlauch Nellingen.

Schulz B., S. Ehlers, J. Lang & S. Büchner (2012): Hazel dormice in roadside habitats. - Peckiana 8: 49-55.

Südbeck, P., Andretzke, H., Fischer, S., Gedeon, K., Schikore, T. Schröder, K. & Sudfeldt, C. (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. - Radolfzell, 792 S.

UM BW (2019): Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg Freiflächensolaranlagen Handlungsleitfaden

Aufgestellt: 01.08.2023



Dr. Andreas Schuler  
Büro für Landschaftsplanung und Artenschutz

## 9 Anhang

### Hinweise zur Aufstellung der naturschutzfachlichen Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung in der Straßenplanung (saP)

(Fassung mit Stand 08/2018)

#### Tabellen zur Ermittlung des zu prüfenden Artenspektrums

Die folgenden Erläuterungen beziehen sich auf die vom Bayerischen Landesamt für Umwelt geprüften Artenlisten auf Landkreisebene; ausgenommen den untersuchten Tierarten bzw. Tiergruppen (s. Ausführungen zur Abschichtung (Kapitel 3).

- Arten des Anhangs IVa und IVb der FFH-Richtlinie,
- nachgewiesenen Brutvogelarten in Bayern (1950 bis 2016) ohne Gefangenschaftsflüchtlinge, Neozoen, Vermehrungsgäste und Irrgäste

**Abschichtungskriterien** (Spalten am Tabellenanfang):

#### **Schritt 1: Relevanzprüfung**

**V:** Wirkraum des Vorhabens liegt:

- X** = innerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art in Bayern  
oder keine Angaben zur Verbreitung der Art in Bayern vorhanden (k.A.)
- 0** = außerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art in Bayern

**L:** Erforderlicher Lebensraum/Standort der Art im Wirkraum des Vorhabens (Lebensraum-Grobfilter nach z.B. Feuchtlebensräume, Wälder, Gewässer):

- X** = vorkommend; spezifische Habitatansprüche der Art voraussichtlich erfüllt  
oder keine Angaben möglich (k.A.)
- 0** = nicht vorkommend; spezifische Habitatansprüche der Art mit Sicherheit nicht erfüllt

**E:** Wirkungsempfindlichkeit der Art:

- X** = gegeben, oder nicht auszuschließen, dass Verbotstatbestände ausgelöst werden können
- 0** = projektspezifisch so gering, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können (i.d.R. nur weitverbreitete, ungefährdete Arten)

Arten, bei denen *eines* der o.g. Kriterien mit "0" bewertet wurde, sind zunächst als nicht-relevant identifiziert und können von einer weiteren detaillierten Prüfung ausgeschlossen werden.

Alle übrigen Arten sind als relevant identifiziert; für sie ist die Prüfung mit Schritt 2 fortzusetzen.

#### **Schritt 2: Bestandsaufnahme**

**NW:** Art im Wirkraum durch Bestandserfassung nachgewiesen

- X** = ja
- 0** = nein

**PO:** potenzielles Vorkommen: Vorkommen im Untersuchungsgebiet möglich, d. h. ein Vorkommen ist nicht sicher auszuschließen und aufgrund der Lebensraumausstattung des Gebietes und der Verbreitung der Art in Bayern nicht unwahrscheinlich

- X** = ja
- 0** = nein



**Weitere Abkürzungen:****RLB:** Rote Liste Bayern:

Alle bewerteten Arten der Roten Liste gefährdeter Tiere werden gem. LfU 2021 einem einheitlichen System von Gefährdungskategorien zugeordnet (siehe folgende Übersicht).<sup>1</sup>

Kategorie	Bedeutung
<b>0</b>	Ausgestorben oder verschollen
<b>1</b>	Vom Aussterben bedroht
<b>2</b>	Stark gefährdet
<b>3</b>	Gefährdet
<b>G</b>	Gefährdung unbekanntes Ausmaßes
<b>R</b>	Extrem selten
<b>V</b>	Vorwarnliste
<b>D</b>	Daten unzureichend
*	Ungefährdet
◆	Nicht bewertet (meist Neozoen)
–	Kein Nachweis oder nicht etabliert (nur in Regionallisten)

Die in Bayern gefährdeten Gefäßpflanzen werden folgenden Kategorien zugeordnet<sup>2</sup>:

Gefährdungskategorien	
<b>0</b>	ausgestorben oder verschollen ( <b>0*</b> ausgestorben und <b>0</b> verschollen)
<b>1</b>	vom Aussterben bedroht
<b>2</b>	stark gefährdet
<b>3</b>	gefährdet
<b>G</b>	Gefährdung anzunehmen
<b>R</b>	extrem selten ( <b>R*</b> äußerst selten und <b>R</b> sehr selten)
<b>V</b>	Vorwarnstufe
•	ungefährdet
••	sicher ungefährdet
<b>D</b>	Daten mangelhaft

**RLD:** Rote Liste Tiere/Pflanzen Deutschland gem. BfN<sup>3</sup>:

<sup>1</sup> LfU 2016: [Rote Liste gefährdeter Tiere Bayerns](#) – Grundlagen.

<sup>2</sup> LfU 2003: [Grundlagen und Bilanzen](#) der Roten Liste gefährdeter Gefäßpflanzen Bayerns.

<sup>3</sup> Ludwig, G. e.a. in: Naturschutz und Biologische Vielfalt, Schriftenreihe des BfN 70 (1) 2009 ([https://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/roteliste/Methodik\\_2009.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/themen/roteliste/Methodik_2009.pdf)).

Symbol	Kategorie
0	Ausgestorben oder verschollen
1	Vom Aussterben bedroht
2	Stark gefährdet
3	Gefährdet
G	Gefährdung unbekanntes Ausmaßes
R	Extrem selten
V	Vorwarnliste
D	Daten unzureichend
★	Ungefährdet
◆	Nicht bewertet

Bei der Angabe des jeweiligen Gefährdungsstatus einer Art ist jeweils auf die aktuellen Ausgaben der entsprechenden Roten Listen Bezug zu nehmen. Diese sind auf den Webseiten des [Bundesamts für Naturschutz](#) und des [Bay. Landesamts für Umwelt](#) veröffentlicht.

**sg:** streng geschützte Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

## 9.1 A Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie

### Tierarten:

V	L	E	NW	PO	Art	Art	RLB	RLD	sg
<b>Säugetiere ohne Fledermäuse</b>									
x	0				Biber	Castor fiber	-	V	x
0					Haselmaus	Muscardinus avellanarius		V	x
0					Wildkatze	Felis silvestris	2	3	x
<b>Libellen</b>									
x	0				Grüne Flussjungfer	Ophiogomphus cecilia	V		x
<b>Tagfalter</b>									
0					Wald-Wiesenvögelchen	Coenonympha hero	2	2	x
x	0				Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling	Phengaris nausithous	V	V	x
0					Heller Wiesenknopf-Ameisenbläuling	Phengaris teleius	2	2	x
0					Gelbringfalter	Lopinga achine	2	2	x
0					Nachtkerzenschwärmer	Prosperpinus prospina	V		x
<b>Kriechtiere</b>									
x	0				Zauneidechse	Lacerta agilis	3	V	x
<b>Lurche</b>									
x	0				Europäischer Laubfrosch	Hyla arborea	2	3	x
x	0				Kleiner Wasserfrosch	Pelophylax lessonae	3	G	x

**Gefäßpflanzen: -**